Endlich mehr zahlbare Wohungen für Luzern!

Vertreter von Wohnbaugenossenschaften, Mieterverband, Gewerkschaften und Politik kämpfen für ein Ja zur kantonalen Volksinitiative «Zahlbares Wohnen für alle» am 4. März 2018. Damit Luzerns Genossenschaftstradition weitergeführt werden kann und sich Familien künftig auch in den kantonalen Entwicklungsgebieten noch eine Wohnung leisten können, muss sich der Kanton stärker für zahlbares Wohnen engagieren. «Am 4. März hat die Bevölkerung die Wahl, ob der Kanton Luzern weiterhin sein Land an den meistbietenden verscherbeln soll oder ob er endlich gegen Wohnungsnot und explodierende Mietpreise vorgehen will», fasst SP-Kantonsrat Marcel Budmiger den Inhalt der Initiative zusammen.

Auch wenn der Regierungsrat die Lage auf dem Luzerner Wohnungsmarkt schönreden will, sprechen die Fakten eine andere Sprache: Die Leerwohnungsziffer, die jeweils der Kanton Mitte Jahr publiziert, ist zwar leicht angestiegen, sie bleibt aber unter der Schwelle des Wertes, der landläufig als Indikator für Wohnungsknappheit angeschaut wird. Zudem gilt auch für Luzern der Befund der Raiffeisenbank, dass die Bestandesmieten um 40% zu hoch sind. «Für Familien, RentnerInnen, die ihre angestammte Wohnung verlassen müssen oder wollen, für Junge in Ausbildung oder mit bescheidenem Einkommen ist es weiterhin sehr schwierig eine zahlbare Wohnung zu finden», sagt Mark Schmid, Präsident des Mieterinnen- und Mieterverbands Luzern, Nidwalden, Obwalden, Uri. «Die Untätigkeit des Kantons in der Frage des zahlbaren Wohnens ist unerträglich», so Schmid.

Zu wenig Bauland für Genossenschaften

Für Harry van der Meijs, Präsident der Wohnbaugenossenschaft Wohnwerk Luzern, liegt eine Lösung für Luzerns Wohnprobleme in der Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus. «Da die Genossenschaften gemeinnützig wirtschaften und keine (spekulativen) Gewinne anfallen müssen, sind Genossenschaftswohnungen langfristig günstiger als auf dem sog. freien Markt», so van der Meijs. Mehr Familienwohnungen, ein implizit verdichtetes Bauen durch einen suffizienten Flächenverbrauch von 35 m2 pro Person, eine hohe soziale Durchmischung und innovative Wohnformen Generationenwohnen, Clusterwohnungen (Gross-WGs), Wohnungen für Familien bis im höheren Alter und nicht zuletzt die Verbindung von Wohnen und Werken, Gewerbe und Kultur sind weitere Trümpfe der Genossenschaften. Leider können die gemeinnützigen Wohnbauträger die hohe Nachfrage in Luzern aber nicht abdecken, da oft die entsprechenden Grundstücke fehlen. Hier braucht es vielfach den Druck der Bevölkerung, damit Gemeinden nicht kurzfrisitg ihre Finanzen aufbessern sondern nachhaltig günstiger Wohnraum erstellt werden kann.

Bevölkerung macht Druck für zahlbaren Wohnraum

Die Initiative setzt beim Hauptproblem der Genossenschaften an - dem fehlenden Bauland. Der Kanton soll den gemeinnützigen Wohnbauträgern geeignete Grundstücke verkaufen oder im Baurecht abgeben. Da auch einzelne Grundstücke lokal viel bewirken können, sollen die Gemeinden ein Vorkaufsrecht bei kantonalen Grundstücken erhalten, wenn sie damit den gemeinnützigen Wohnbau fördern wollen. Mit einem Wohnraumfonds werden zusätzlich preisgünstige Wohnprojekte gefördert und die Genossenschaften unterstützt. Auch kann der Kanton damit Bauland erwerben statt immer nur zu verkaufen. Da Bauen eine Generationenaufgabe ist, besteht für SP-Kantonsrat Budmiger jetzt dringender Handlungsbedarf. «Die erfolgreichen wohn- und bodenpolitischen Volksinitiativen in Emmen, Hochdorf, Horw, Kriens, Luzern, Rothenburg und Sursee zeigen deutlich, dass die Politik ihrem verfassungsmässigem Auftrag für geeigneten Wohnraum zu sorgen, bisher zu wenig nachkommt.» Mit einem Ja zur Initiative «Zahlbares Wohnen für alle» könnte sich dies ändern.

Kontakt:

Marcel Budmiger, Kantonsrat SP, 078 757 99 78 Mark Schmid, Präsident Mieterinnen- und Mieterverband LU, NW, OW, UR, 079 482 90 82 Harry van der Meijs, Präsident Wohnbaugenossenschaft Wohnwerk Luzern, 078 632 06 33